

noss, sondern auch weil es in jener Zeit noch eine österreichische Enklave inmitten des bayrischen Allgäu war, allerdings zum deutschen Zoll- und Münzgebiet gehörig. So konnten wir ungehindert hinfahren, ohne Pässe haben zu müssen, die uns bereits im April des Jahres abgenommen worden waren. Der Auslandscharakter des damals noch österreichischen Gebiets kam aber trotz der deutschen Währung und der starken Durchdringung der Gegend mit deutschen Einflüssen immer noch deutlich zum Ausdruck. Man sah österreichische Uniformen, keine Hitlerbilder in den Amtsstuben und Gaststuben, und beklebte Briefe und Postkarten mit österreichischen Briefmarken. Ausserdem konnte man täglich die in Deutschland verbotenen schweizerischen Zeitungen kaufen, und hiervon wurde von den Sommerfrischlern auch sehr eifrig Gebrauch gemacht. Alles das war für sich allein schon eine richtige Erholung, dazu kam dann aber auch die wundervolle Landschaft, Breitachklamm, Fellhorn, Ifen, Widderhorn und alle die anderen Naturschönheiten. Wiederum wanderten und kletterten wir rüstig in den Bergen herum und genossen oft auch in Gesellschaft [176] guter Freunde die Tage sehr. Den Abschluss der Reise bildete ein mehrtägiger Besuch Münchens. Mit einem schwer zu beschreibenden Gefühl zeigte ich meinen Kindern die Stadt, in der ich meine schönsten, sorglosesten Jugendjahre verlebt hatte und die mir seitdem noch immer ans Herz gewachsen ist, auch wenn sie jetzt als „Hauptstadt der Bewegung“ durch protzige Nazibauten und sonstige Schaustellungen der Partei entstellt, viel von ihrer früheren Schönheit und Gemütlichkeit eingeübt hat.

Arbeitsam, aber ohne besonders hervorstechenden Erlebnisse für mich ging das Jahr 1937 zu Ende.

### 1938

Zu Beginn des Jahres 1938 wurden meine Beziehungen zur Reichsvertretung enger dadurch, dass ich vom preussischen Landesverband als stellvertretendes Mitglied in den Rat der Reichsvertretung entsandt wurde. Ich kam in einen mir bereits seit langem persönlich bekannten und vertrauten Kreis, an dessen Arbeit ich mich gern beteiligte.

Damit sind wir in das Jahr 1938 eingetreten, in dem sich das Schicksal der deutschen Judenheit endgültig entscheiden sollte. Es ist ein eigentümliches, aber gewiss nicht zufälliges Zusammentreffen, dass in demselben Jahr, das die Vernichtung mehrerer europäischer Staaten durch Hitlers Kanonen gebracht hat, auch der Untergang der deutschen Judenheit besiegelt wurde.<sup>431</sup> Hier und da der gleiche Vorgang: Übersteigerung des Machtgefühls, brutale Unterdrückung des Schwächeren, Rassendünkel, Ausartung nationalistischer Instinkte, das „Raubtier“, die völlig mo-

431 Katzenstein bezieht sich auf den Einmarsch deutscher Wehrmachtstruppen in Österreich (12.3.1938) und in das Sudetenland (1.10.1938).

ralfreie „nach Beute und Sieg lüstern schweifende blonde Bestie“ Nietzsches.<sup>432</sup> Hatte man bis dahin unseren religiösen und kulturellen Einrichtungen noch eine gewisse Achtung gezollt und uns die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit, wenn auch mit starken Einschränkungen, noch immer belassen, so arbeitete man im Jahre 1938 immer schroffer und zielbewusster darauf hin, den Juden das Leben in Deutschland völlig unmöglich zu machen. Es gab kein Mittel, das zu schlecht und zu gemein war, wenn es diesem Ziel dienen konnte. Der erste Schlag wurde gegen die jüdischen Gemeinden als solche geführt, denen durch das Gesetz vom 28. März 1938 ihre bisherige, seit vielen Jahren anerkannte Stellung als Körperschaften [177] des öffentlichen Rechts genommen wurde.<sup>433</sup> Die Gemeinden verloren dadurch manche wertvollen Vorrechte, insbesondere in steuerlicher Hinsicht. Der gesetzliche Zwang zur Gemeindemitgliedschaft entfiel, während auf der anderen Seite den Gemeinden die Deckung ihres Finanzbedarfs erschwert wurde. Die Gesetzgebung hatte aber wenigstens das eine gute, dass sie den Bestrebungen zur Zusammenfassung aller jüdischen Gemeinden in Deutschland in einer Zentralinstanz Vorschub leistete. Noch kurz vorher hatten die Süddeutschen sich jedem solchen Zusammenschluss entschieden widersetzt. Jetzt aber war die Bahn frei zum Reichsverband der Juden in Deutschland, der am 27. Juli 1938 in Berlin durch eine den Verhältnissen entsprechende Umformung der bisherigen Reichsvertretung geschaffen wurde.<sup>434</sup>

Die wichtigste Neuerung bestand darin, dass die einzelnen Glieder und Träger des Reichsverbandes nunmehr in ganz anderem Masse als bisher die einzelnen jüdischen Gemeinden wurden, und dass jedes Mitglied einer dem Reichsverband angeschlossenen Gemeinde dadurch ohne weiteres Mitglied des Reichsverbandes wurde. Es war die stärkste Zusammenfassung aller deutschen Juden in einer Zentralinstanz, die bisher erreicht worden war. Der preussische Landesverband hatte damit seine

432 Katzenstein zitiert in verkürzter Form eines der bekanntesten Schlagworte Friedrich Nietzsches aus der Streitschrift *Zur Genealogie der Moral* (Leipzig 1887), in: Giorgio Colli, Mazzino Montinari (Hg.), *Nietzsche Werke. Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 6,2, Berlin 1968, S. 257–430, hier S. 289.

433 Zum Folgenden vgl. auch Avraham Barkai, *Im mauerlosen Ghetto*, in: Meyer, *Geschichte 4* (wie Anm. 260) S. 319–342, hier S. 330–335.

434 Mit der Schaffung eines Reichsverbandes als zentrale Institution des deutschen Judentums schienen sich Katzensteins langjährige Bestrebungen erfüllt zu haben. Allerdings konnte die bestehende Reichsvertretung die Umwandlung zum Reichsverband bis zum Herbst nicht mehr durchführen. Erst im Juli 1939 wurde mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland durch das NS-Regime errichtet. Zur Gründung des Reichsverbandes der Juden in Deutschland, an der Katzenstein als Ratsmitglied der Reichsvertretung beteiligt war, sowie zur Gründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vgl. Plum, *Juden* (wie Anm. 389), S. 66–74; Kulka, *Judentum* (wie Anm. 25), S. 410–429 u. 441–452; Beate Meyer, *Tödliche Gradwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945)*, (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 38) Göttingen 2011.

Aufgabe erfüllt und konnte in der Masse, in der seine Funktionen vom Reichsverband übernommen wurden, seiner Auflösung entgegengehen. Die süddeutschen Landesverbände sollten als Bezirksorganisationen des Reichsverbandes fortbestehen. Mir kam es bei der Mitarbeit an der neuen Satzung des Reichsverbandes besonders darauf an zu erreichen, dass, wie bisher jeder Jude kraft Gesetzes Mitglied seiner Wohngemeinde war, wenn er nicht seinen Austritt erklärt hatte, er auch jetzt als Glied in die Gesamtheit sich einzufügen hatte. Durch das neue Gesetz, das die jüdischen Kultusgemeinden zu privaten Einrichtungen machte, war der Mitgliedszwang aufgehoben worden, aber die neugeschaffene unmittelbare Mitgliedschaft beim Reichsverband konnte in gewissen Grenzen zur Erreichung desselben Zweckes verwendet werden. Unser Ziel musste jedenfalls sein, die Möglichkeit zu haben, jeden in Deutschland lebenden Juden zur Erfüllung der uns obliegenden Aufgaben – Wohlfahrt, Schule, Berufsausbildung, Auswanderung – mit heranzuziehen. Dies wurde umso dringender, je mehr der Auflösungs- [178] prozess der deutschen Judenheit fortschritt.

Für mich als Auswandererberater stand aber im Vordergrund alles Denkens und Planens das ständige Suchen nach geeigneten Auswanderungszielen und die Lenkung der Auswanderungslustigen in die für sie passendste Richtung. Solange sich die Auswanderung, wenn auch wirtschaftlichem Zwange folgend, noch ohne unmittelbaren polizeilichen Druck vollziehen konnte, war wenigstens eine vernünftige sachgemässe Überlegung des im Einzelfall aus persönlichen und beruflichen Gründen besten Ziellandes möglich. Allerdings wurde auch jetzt schon die Beratung immer mehr eingeengt dadurch, dass eines der Einwanderungsländer nach dem anderen dazu überging, sich entweder ganz gegen die jüdische Gemeinschaft abzuschliessen oder durch Verschärfung der Einwanderungsbedingungen nur noch eine geringe Anzahl von Personen bestimmter Kategorien zuzulassen. Diese Erschwerung war leider oft die Folge einer allzu sehr verstärkten jüdischen Einwanderung in das betreffende Land und sicherlich stieg in manchen Ländern der Wirkungsgrad der nationalsozialistischen Propaganda mit dem Anschwellen des jüdischen Einwanderungsstromes. Es war überhaupt ein fast unbegreifliches, von jedem für die jüdische Auswanderung Tätigen immer wieder beobachtetes Phänomen, dass dieselbe nationalsozialistische Regierung, die sich die Austreibung der Juden offen als Ziel gesetzt hatte, so gut wie nichts tat, um die Auswanderung zu erleichtern, aber vieles, wenn nicht alles, um sie zu erschweren und zwar sowohl durch gesetzliche und polizeiliche Schikanen der verschiedensten Art wie auch durch Hetze gegen die Juden in der ganzen Welt.

Über dem Wunsch nach jüdischer Auswanderung stand offenbar der Wunsch nach Vernichtung der Juden. Wir hatten alles einzusetzen, um diesem Treiben entgegenzuarbeiten. Zu den schwierigsten Problemen der jüdischen Auswanderung gehörte die Frage: Einzelauswanderung oder Gruppenauswanderung. Hierüber ist in den letzten Jahren unendlich viel gesprochen und geschrieben worden. Es ist sehr wohl verständlich, dass in unseren Kreisen der Gedanke, grössere jüdische Massen landwirtschaftlich umzuschichten und in überseeischen Ländern als Landwirte in

Kolonien oder Familiengruppen anzusiedeln, grosse Anziehungskraft besass. Hier schien einmal ein [179] Weg gegeben, die ungesunde Berufsstruktur der Juden günstiger zu gestalten, und weiter eine gute Aussicht eröffnet, die Auswanderung zu verstärken und zu beschleunigen. Von verschiedensten Seiten wurde den jungen Juden und Jüdinnen immer wieder die Erlernung der Landwirtschaft ans Herz gelegt, und ganz besonders war es der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der die Berufsumschichtung der Juden auf Landwirtschaft zu einem Programmpunkt machte und die „geistige Ausrichtung auf landwirtschaftliche Gruppensiedlung in Übersee“ geradezu als Erziehungsideal der jungen Generation erklärte. Die Folge aller dieser Beeinflussungen machten sich bei der Auswandererberatung bald bemerkbar. Beinahe jeder Ratsuchende meinte, dass er sich nur als Landwirt zu bezeichnen brauche, um eine bevorzugte Anwartschaft auf Auswanderung und Siedlung in Übersee zu haben. Wer wirklich Landwirt war oder einige Zeit sich in der Landwirtschaft betätigt hatte, glaubte seiner Sache schon völlig sicher zu sein, und alle hielten es entweder für Kenntnislosigkeit oder für Böswilligkeit, wenn der Auswandererberater Zweifel äusserte. Es stand doch im „Schild“ oder es war in einer Versammlung gesagt worden, dass in Brasilien, Argentinien oder Australien landwirtschaftliche Gruppensiedlungen eingerichtet würden. Meine Erfahrungen als Auswandererberater brachten mich allmählich immer mehr zu der Überzeugung, dass es nötig sei, die Dinge richtigzustellen und ein Warnungssignal aufzurichten, wenn böse Enttäuschungen verhütet werden sollten, denn die Wirklichkeit sah anders aus, als wie sie sich in den Wunschträumen darstellte.

Tatsächlich hatte eine landwirtschaftliche jüdische Auswanderung nur ganz geringe Aussichten, und zwar aus Gründen, die teils in der jüdischen Eigenart selbst lagen, teils durch die Verhältnisse in den Zielländern, teils durch Schwierigkeiten ökonomischer Art bedingt waren. Im Jahre 1937 waren von 100 jüdischen Auswanderern aus Deutschland 30,6 % Kaufleute und Angestellte, 8,4 % Handwerker, Gehilfen und Arbeiter, 3,7 % Landwirte (einschliesslich aller, die sich als solche bezeichneten). Die mit soviel Hoffnungen begründete ICA-Siedlung in Argentinien war längst zu einem Stillstand gekommen und hatte zu vielen bitteren Enttäuschungen geführt. Ihr ganzes Ergebnis bestand seit 1936 in der Ansiedlung von [180] nur etwa 100 Familien aus Deutschland, alles in allem noch keine 600 Menschen. Andere Siedlungsprojekte, von denen dauernd die Rede war, und mit denen unseren bedauernswerten Menschen die Köpfe warm gemacht wurden, standen einstweilen nun auf dem Papier und kamen nicht vom Fleck. Darum suchte ich in einem Aufsatz „Sind jüdische Gruppensiedlungen möglich?“, der in Nr. 4 der Zeitschrift Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik von August 1938 erschienen ist<sup>435</sup>, die Siedlungsaussichten auf das richtige Mass zurückzuführen und fasste, um ganz klar zu sein, meine Auffassung dahin zusammen, dass unsere Zukunft in der Welt nicht in der Umschichtung auf Landwirtschaft liege. Palästina, das aber immer nur für einen kleinen Teil des jüdischen Volkes als Siedlungsgebiet in Betracht kommen

435 Siehe den Abdruck unten S. 341–344.

kann, räumte ich dabei ausdrücklich eine Sonderstellung ein. Wie zu erwarten, fand der Artikel einen starken Widerhall. Der Bundesvorsitzender des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Dr. Leo Löwenstein, trat selbst in die Schranken, um meine Ausführungen zu bekämpfen. In der Oktobernummer derselben Zeitschrift, in der mein Aufsatz erschienen war, nahm er sehr entschieden gegen meine Auffassung Stellung. „An ihr scheiden sich die Geister“, so sagte er.<sup>436</sup> In der gleichen Nummer der Zeitschrift äusserte sich auch das damalige Vorstandsmitglied des Hilfsvereins, Dr. Arthur Prinz, ausführlich zu dem Problem, indem er mir zwar nicht unbedingt recht gab, durch seine Darlegungen über die der landwirtschaftlichen Siedlung entgegenstehenden grossen Schwierigkeiten meine Zweifel aber im Grunde genommen nur bestätigte.<sup>437</sup> Andere, wie der Vorsitzende des Wanderungsausschusses bei der Reichsvertretung, Dr. Paul Eppstein, äusserten sich mir gegenüber völlig zustimmend. Ich habe alles, was an kritischen Äusserungen mir zu Gesicht gekommen ist, benutzt, um meinen Standpunkt noch einmal ruhig und sachlich zu überprüfen, konnte aber zu keinem anderen Ergebnis kommen als von mir dargelegt.

Auch an dieser Stelle möchte ich als aus vielen schmerzlichen Erfahrungen gewonnene Erkenntnis die Überzeugung aussprechen, dass es eine jüdische Auswanderung auf landwirtschaftlicher Grundlage in grösserem Umfange nicht geben wird. Die dort, wo alle Erfolgsbedingungen gegeben sind, sehr zu begrüßende jüdische landwirtschaftliche Gruppensiedlung wird immer [181] nur einer sehr begrenzten Anzahl der Auswanderer zugute kommen. Tatsachen lassen sich weder durch scharfsinnige nationalökonomische Beweisführungen theoretischer Art noch durch idealistische Zielsetzungen aus der Welt schaffen. Man wirft mir im wesentlichen vor, dass ich aus einem unbestreitbar in der Gegenwart feststehenden Tatbestand Folgerungen für die Zukunft gezogen habe, die geeignet seien, zur Umstellung bereite Menschen zu entmutigen und künftigen gesunden Entwicklungsmöglichkeiten entgegenzuwirken. Ich will niemanden entmutigen, der wirklich den Beruf in sich fühlt, auch unter schwierigsten Verhältnissen als Landwirt zu arbeiten, besonders wenn er schon mit guten Aussichten in einem bestimmten Lande rechnen kann. Allein meinen Gegnern aber erwidere ich, dass ich lieber den Vorwurf eines meiner Kritiker auf mich nehme, „dem Judentum einen schlechten Dienst erwiesen zu haben“, als dazu zu schweigen, wenn andere durch Ausserachtlassung grundlegender Tatsachen im Banne eines Ideals dem Judentum nach meiner Überzeugung einen schlechten Dienst erweisen. Der ganze von mir im Dienst des Judentums zurückgelegte Weg schützt mich vor dem Vorwurf der Leichtfertigkeit und berechtigt mich wohl auch zu dem Anspruch, nicht ohne einige Erfahrung, wie sie nicht jedem

436 Zum Problem der jüdischen Gruppensiedlung, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 8, 1938, H. 5, S. 144 f.

437 Ebd., S. 145 ff. – Arthur Prinz (1898–1981) arbeitete seit 1933 für den Hilfsverein der Juden in Deutschland und war dort Leiter der Pressestelle. Er emigrierte 1939 nach Palästina und ging einige Jahre später in die USA. Siehe Center for Jewish History (New York), Arthur Prince Collection.

zu Gebote steht, an der Beurteilung des jüdischen Wanderungsproblems herantreten zu sein. –

Übrigens liess die Naziregierung der deutschen Judenheit gar nicht die Zeit sorgsam überlegte und ausgearbeitete Wanderungspläne reifen zu lassen. Im Jahre 1938 folgten die zur Erniedrigung, Vernichtung oder Austreibung der in Deutschland noch lebenden Juden bestimmten Gesetze Schlag auf Schlag. Wenn ich auch nicht durch alle diese Gesetze persönlich betroffen worden bin, so kann ich doch der Versuchung nicht widerstehen, die wichtigsten hier der Reihe nach anzuführen, da diese Zusammenstellung die Lage, in der wir uns alle befanden, am besten kennzeichnet.<sup>438</sup>

Durch ein Gesetz vom 22. April 1938 wurde mit Zuchthausstrafe bedroht, wer bei einem Geschäftsabschluss verschweigt, dass der Vertragschliessende Jude ist. Am 24. April erschien die Verordnung über Anmeldung des jüdischen Vermögens. Hiernach hatte jeder Jude, der ein Vermögen im Werte von mehr als RM 5.000 besass, sein [182] Vermögen bis zum 30. Juni 1938 bei der Behörde mit genauen Einzelangaben anzumelden.<sup>439</sup> Es war keine grosse Voraussicht erforderlich, um zu erkennen, dass diese Anmeldung nur das Vorspiel bilde für eine bereits geplante Vermögenswegnahme. Ein Gesetz vom 6. Juli 1938 untersagte den Juden die Ausübung einer ganzen Reihe von Gewerben und nahm insbesondere mit einem Federstrich der grossen Anzahl der jüdischen Handelsvertreter und Wandergewerbetreibenden ihre Existenz. Durch die Verordnung vom 23. Juli wurde der Kennkartenzwang für Juden eingeführt, der nur als ein raffiniert ausgedachter Schimpf verstanden werden kann. Alle Juden mussten bis zum Ende des Jahres bei der Polizei eine Kennkarte beantragen, die mit ihrem Lichtbild in bestimmt vorgeschriebener Stellung, ihren Personalien und ihrem Fingerabdruck versehen und mit einem grossen J gekennzeichnet war. Alle im Besitz der Kennkarte befindlichen Juden waren bei Androhung hoher Strafen verpflichtet, bei allen Eingaben und Anträgen an Be-

438 Im Folgenden kann auf den Einzelnachweis der erwähnten Gesetze, Verordnungen und Erlasse des NS-Regimes verzichtet werden, da Katzenstein mit einer Ausnahme beim Datum alles korrekt angibt. Eine Zusammenfassung mit kurzen Erläuterungen bietet Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, 2. Aufl. Heidelberg 2013; für 1938, S. 219–249 und ab 10.11.1938 bis August 1939, S. 253–300.

439 Die Ermittlung des Vermögens von Willy Katzenstein war nicht ganz einfach. Das Haus in der Viktoriastraße gehörte zur Hälfte ihm und seiner Schwester Klara. Beide waren zu je einem Viertel an der Firma S. Katzenstein Söhne und am Haus in der Renteistraße 28 beteiligt. Nach dem Auszug aus dem Vermögensverzeichnis der Juden 1938 besaß er an Grundvermögen: RM 32.500, Wertpapiere: RM 45.580, Kapitalforderungen: RM 24.600, Spareinlagen: RM 961, Wertgegenstände: RM 3.912; dem standen Schulden in Höhe von RM 8.000 gegenüber. Hinzu kam noch das Vermögen seiner Ehefrau in Höhe von RM 9.474. Nicht sicher ist, ob in diesen Beträgen auch die Ende 1938 bei der Commerzbank im Depot befindlichen Aktien und Schatzanweisungen in Höhe von RM 50.757 und bei der Deutschen Bank in Höhe von RM 7.999 mit eingerechnet waren. LAV NRW OWL, D 26, Nr. 70, Bl. 66, 73 u. 75 f.



hörden die Nummer der Kennkarte anzugeben und die Kennkarte bei Besuchen in Amtsstuben von Behörden unaufgefordert vorzuzeigen. Es ist vorgekommen, dass Beamte jüdische Besucher, die als gute Bekannte die Vorlegung der Kennkarte glaubten unterlassen zu können, zur Bestrafung angezeigt haben. Andererseits habe ich selbst erlebt, dass ein mir aus dem dienstlichen Verkehr wohlbekannter Beamter der Staatspolizei, den ich bei einem Besuch die Kennkarte hinlegte, sagte: „Ach, lassen Sie das nur, aber zeigen Sie mir doch das Ding mal her, ich hab's noch nie gesehen.“ –

Durch Anordnung vom 25. Juli wurde den jüdischen Ärzten insgesamt die Approbation entzogen und die Berufsausübung mit Wirkung ab 1. Oktober untersagt. Das gleiche erfolgte für die Rechtsanwälte durch die Verordnung vom 27. September mit Wirkung ab 1. Dezember.<sup>440</sup> Eine besonders „schöne“ Verordnung erging am 17. August 1938. Sie hatte die gesetzliche Regelung der jüdischen Vornamen zum Ziel und bestimmte, dass vom 1. Januar 1939 an jeder männliche Jude zusätzlich den Vornamen Israel und jede Jüdin den Vornamen Sara anzunehmen hatte. Wollte jemand einen dieser Namen nicht annehmen, so waren ihm in einem besonderen, geradezu „liebervoll“ ausgearbeiteten Verzeichnis eine Reihe anderer Vornamen zur Wahl gestellt, darunter so anziehende wie Chamor oder Lupu für Männer, Chaile, Pesschen oder Reitzge für Frauen. Wer einen dieser [183] besonders zur Wahl gestellten Namen annahm, war gezwungen, dafür seinen eigenen bisher geführten Vornamen aufzugeben. Natürlich gab der nationalsozialistische Staat den Juden nichts umsonst, nicht einmal einen so schönen neuen Vornamen. Wer sich dazu bereit fand, den ihm von den Eltern gegebenen Vornamen gegen einen ihm aus der Hand der Nazis angebotenen umzutauschen, musste eine je nach dem Stand seines Vermögens abgestufte mehr oder weniger hohe Abgabe leisten. Leider hat es auch eine Anzahl Juden gegeben, die es nicht für unwürdig hielten, auf dieses Geschäft einzugehen. Zu unserer Ehre sei aber gesagt, dass weitaus die meisten von uns diese Verordnung richtig eingeschätzt haben und für diesen Angriff nur ein verächtliches Lachen hatten. Wenn wir auch die Namen Israel und Sara mit Stolz tragen konnten, so waren und blieben sie für uns doch nur ein gleich einem gelben Fleck uns aufgezwungenes Zeichen des Hasses, und so verstand es sich für uns von selbst, diese Namen wieder abzulegen, sobald wir uns jenseits der deutschen Grenzen befanden. –

Sonderbarerweise bereitet dieselbe Regierung, die sich von den Juden zu befreien wünschte, ihnen bei der Beschaffung des erforderlichen Auslandspasses alle möglichen Schwierigkeiten. Durch eine Verordnung vom 5. Oktober 1938 wurden zunächst einmal alle Reisepässe von Juden für ungültig erklärt. Mir selbst war mein Pass bereits im April 1937 von einem Polizeibeamten abgeholt worden, und ich hatte seitdem noch keinen wieder beantragt. Wer einen neuen Reisepass haben wollte,

440 Oberlandesgerichtspräsident an Katzenstein, 22.10.1938, LAV NRW OWL, D 99, Nr. 21552, Bl. 48 f.; Landgerichtspräsident an Katzenstein, 3.12.1938, LAV NRW W, R 001 Personalakten, Nr. I,3734, Bl. 86.



*Abb. 20: Der letzte Familienurlaub. Eva, Willy, Marianne und Selma Katzenstein im August 1938 in Kitzbühel. (NL Katzenstein)*

musste ihn unter genauer Angabe über das geplante Reisevorhaben bei der Behörde beantragen und bekam ihn in der Regel nur für die nachgewiesene endgültige Auswanderung und nach Vorlegung der polizeilichen Abmeldung ausgehändigt. Es war schwer, Reisepässe für Besuchs- oder Informationsreisen zu erhalten, obwohl doch solche Reisen sehr häufig dazu dienen sollten, die Auswanderung vorzubereiten. Jeder einem Juden erteilte Reisepass war zudem mit dem grossen Buchstaben J in roter Farbe gekennzeichnet, um auch den Einwanderungsbehörden des Ziellandes den Besucher als Juden kenntlich zu machen. Es gab einzelne überseeische Länder, die den Inhabern solcher J-Pässe das Visum verweigerten. Der dadurch Betroffene war vielleicht kurz vorher von der deutschen Polizei dringend [184] zur schleunigen Auswanderung aufgefordert worden und hatte nun ersteinmal Zeit, über einen unbegreiflichen Widerspruch in der Behandlung der jüdischen Auswanderung durch die Nazipolizei nachzudenken.

Aber inmitten aller dieser nie endenden Überraschungen und Sorgen des Jahres 1938 gab es für mich noch einmal einen auf deutschem Boden letzten Lichtblick, als ich mit meiner Familie im August einen beinahe vierwöchentlichen Ferienaufenthalt in dem herrlichen Kitzbühel in Tirol geniessen durfte. Seit dem gewaltsamen „Anschluss“ Österreichs an Deutschland im März 1938 war Tirol nicht mehr Ausland,



und so standen der Fahrt dorthin keine Passchwierigkeiten mehr im Wege. Trotzdem würden wir den Ort, der sogar schon vor 1933 als antisemitisch galt, natürlich für uns niemals in Betracht gezogen haben, hätte nicht eine dort bereits in der Sommerfrische weilende arische Freundin uns mitgeteilt, dass sie schon Zimmer für uns gemietet habe, und dass wir ganz ohne Bedenken hinkommen könnten. Es brauche uns nicht abzuschrecken, was dort äusserlich an Judenfeindlichkeit in Erscheinung trete, denn das Volk denke ganz anders, und wir würden gut aufgenommen werden. Als wir in Kitzbühel ankamen und uns gleich am Bahnhof ein riesengrosses Schild mit der Aufschrift „Kitzbühel wünscht keine Juden“ begrüsst, überlegten wir aber doch einen Augenblick, ob wir nicht besser täten, gleich wieder umzukehren. Eingedenk der Mahnung unserer Freundin taten wir es nicht und wir haben es nicht bereut. Unsere Wirtsleute, ein prachtvolles junges Ehepaar, echte kernige Tiroler, hiessen uns herzlich willkommen und erklärten uns so fort, dass ihnen jeder Gast ohne Unterschied der Abstammung gleich lieb sei. Wir erhielten in der hochgelegenen aussichtsreichen Villa Erna<sup>441</sup> herrliche Zimmer und fühlten uns bald ganz zu Hause. Niemals ist uns in den folgenden Wochen irgendetwas unangenehmes begegnet, und wir konnten in voller Ruhe die Schönheit und den Frieden der wundervollen Berglandschaft geniessen. Unsere Tochter Marianne war beglückt, hier beinahe täglich in dem waldumrahmten See ihrem geliebten Schwimmsport huldigen zu können und sich so dafür schadlos zu halten, dass ihr der Zutritt zu den heimischen Schwimmbädern verboten war. Evi, die Jüngere, das „Gemsli“, kletterte lieber in den Bergen herum, gleich ihrem Vater. Noch einmal, wahrscheinlich [185] zum letzten Mal, durchstreiften wir die Höhen, Wälder und Wiesengründe dieses köstlichen Landes nach Herzenslust, bestiegen das Kitzbüheler Horn und blickten von der Schmittenhöhe am Zeller See auf die weissen Firnfelder der Hohentauern. –

Gewiss hatte das Land unter der Naziherrschaft manches von seinem früheren Reiz eingebüsst. Man spürte förmlich den unsichtbaren Druck, der auf dem frommen, seiner Eigenart so bewussten, auf seine Überlieferung so stolzen Volke lastete. An manchen Stellen waren die Zeichen des von Fremden hereingetragenen Hasses, leider auch seine verängstigte Unterwürfigkeit sichtbar. Wer aber nicht an der Oberfläche haftete und in die Seele des Volkes einzudringen verstand, der erkannte bald, dass die grosse Mehrheit die Fremdherrschaft bitter empfand und dass die Tiroler nicht aufgehört hatten, ihre innere Unabhängigkeit und ihren Glauben zu behaupten. Der von jedem Freunde des Landes ersehnte Tag wird kommen, wo diese Menschen, diese Berge, Seen und altertümlichen Städte wieder ganz Tirol sein werden.<sup>442</sup>

441 Die Villa Erna in Kitzbühel gehörte zu den ersten Adressen am Ort. Zu Beginn des Jahres 1938 hatte der belgische König Leopold III. mit seiner Frau das Haus zum Skifahren gemietet. Kitzbüheler Anzeiger, 9.1.1988, S. 28, digital verfügbar unter <https://www.kitzanzeiger.at/de/archiv/>.

442 Der Anschluss Österreichs und die damit verbundenen Folgen werden in den Aufzeichnungen nur angedeutet. Die euphemistische Einschätzung der Tiroler Bevölkerung traf jedoch nur auf einzelne Personen, nicht auf die Gesamtheit der Bürger zu. Siehe auch:

Der Abschied von Kitzbühel fiel uns sehr schwer, aber wir hofften noch auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

Nach unserer Rückkehr gab es wieder einen Abschied. Mein Freund seit frühen Kindheitstagen, Dr. Felix Dr[eyer], wanderte mit seiner Frau und seiner Tochter nach Johannesburg in Südafrika aus, wo seine beiden Söhne schon seit Jahren lebten. Viele Jahre hindurch hatten wir mit ihm und seiner Frau Johanna in guter Nachbarschaft wie nahe Verwandte Freude und Leid gemeinsam erlebt, und es war kaum ein Tag vergangen, an den wir uns nicht gesehen und die grossen und kleinen Dinge des täglichen Lebens miteinander besprochen hatten. Nun schlug auch für uns die Stunde der Trennung, nach menschlicher Voraussicht für immer. So trieb der ruchlose Hitlergeist Menschen auseinander, die eng verbunden waren und immer geglaubt hatten, ihr Leben gemeinsam verbringen zu können. –

Viele andere Bekannte rüsteten zum Aufbruch. Immer einsamer wurde es um uns, immer deutlicher fühlten wir es, dass Deutschland uns nicht mehr lang eine Heimat sein werde. Aber noch hielten meine Liebe zum angestammten Boden, Arbeit und Pflicht mich mit vielen Klammern fest, und als der Alpdruck der tschechischen Krise und unmittelbar [186] drohenden Kriegsgefahr im September anscheinend glücklich vorübergegangen war, hoffte ich doch, dass uns noch eine längere Atempause der ungestörten Arbeit und des ruhigen Familienlebens in Deutschland beschieden sein werde.<sup>443</sup>

### *November-Pogrom*<sup>444</sup>

Am 7. November erschreckte uns alle sehr die Nachricht von dem Attentat, das ein junger polnischer Jude in der deutschen Botschaft zu Paris auf den Legationssekretar vom Rath verübt hatte.<sup>445</sup> Wir waren uns ganz klar darüber, dass dieser Vorfall, besonders bei tödlichem Ausgang, schlimme Rückwirkungen auf die Juden in Deutschland haben könne. Schon seit Monaten lebten wir unter dem ständigen

Anton Pelinka, Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938, Wien u. a. 2017, S. 95–97 u. 135–155.

443 Nach dem sogenannten „Anschluß“ Österreichs am 12.3.1938 initiierte Adolf Hitler die Sudetenkrise, um die Tschechoslowakei zu zerschlagen. Durch das Münchner Abkommen vom 29.9.1938 wurde die Abtretung des Sudetengebiets an das Deutsche Reich festgelegt. Im Gegenzug garantierten England und Frankreich den Bestand des tschechoslowakischen Reststaates. Am 1.10. besetzte die deutsche Wehrmacht das Sudetenland. Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 4. Aufl. München 1991, S. 32–35.

444 In der Vorlage: „Progrom“.

445 Ernst Eduard vom Rath (1909–1938) erlag am 9.11. den Folgen eines Attentats des jüdischen Jugendlichen Herschel Grynszpan (\*1921), dessen Eltern im Rahmen der sogenannten „Polenaktion“ von Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren und im Niemandsland zwischen beiden Ländern ausharren mussten. Barkai, Etappen (wie Anm. 361), S. 214 f.